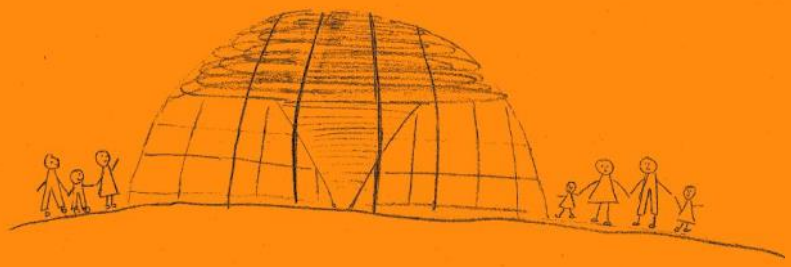

Martin Patzelt MdB

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
das Nein der Briten zur EU war auch für mich eine Überraschung. Aber nun gilt die Devise: „Wer nicht hören will, wird sehen.“ Ich denke, dass auf die Bürger des Vereinigten Königreiches jetzt so manche unliebsame Überraschung zukommt. Für uns gilt es nun, mit Ruhe und Besonnenheit den Austrittsverhandlungen entgegen zusehen. Das Votum allein bedeutet auch noch nicht den Austritt. Der muss erst noch formell in Brüssel eingereicht werden. Erst dann beginnen die Verhandlungen, die durchaus auch mehr als die vorgesehenen zwei Jahre in Anspruch nehmen können. In dieser Zeit sollten wir auch für den Fall Vorbereitungen treffen, dass die Briten ihre Meinung ändern. Wir dürfen den Optimismus nicht verlieren. Unser gemeinsames Europa wird und darf nicht untergehen.

Auch wenn sich die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge massiv verringert hat, ist die Frage der langfristigen Integration damit noch lange nicht gelöst. Wie zu diesem Zweck Staat, Unternehmen und NGOs besser zusammenarbeiten können, war Thema eines Diskussionsabends der Hilfsorganisation „Save the children“ am Donnerstag in Berlin.

Die Bundesregierung richtet derzeit ein besonderes Augenmerk auf die minderjährigen Flüchtlinge in den Massenunterkünften, wie die Leiterin der Staatstelle Flüchtlingspolitik im Bundesfamilienministerium, Miriam Saati, erläuterte. Dort müssten mehr Schutzräume für Kinder eingerichtet werden. Vertreter von Opel und Ikea berichteten von hauseigenen Programmen zur Integration der Flüchtlinge. Ikea wendet in diesem Jahr 4,5 Millionen Euro auf, um an seinen 50 Standorten in Deutschland jeweils drei Flüchtlingen ein mehrwöchiges Praktikum zu ermöglichen. Opel hilft mit einem Monitoring-Programm bei der Qualifizierung für den Beruf.
Ich wünsche eine angenehme Lektüre
Ihr

Hoher Besuch in meinem Büro: der Gesandte der Botschaft Israel Avraham Nir-Feldklein

Nr. 63/18. WP
24. Juni 2016

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Unterstützung demokratischer Kräfte in der Türkei

Das Thema Türkei hat mich mehrfach in dieser Woche beschäftigt. Am Montag hat ein Gericht in Istanbul 34 Journalisten verhaftet, darunter auch die Vorsitzende der Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV), Prof. Sebnem Korur Fincanci, den Türkei-Repräsentanten von Reporter ohne Grenzen (ROG), Erol Önderoglu, und den Schriftsteller Ahmet Nesin. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen wird ihnen Propaganda für eine Terrororganisation vorgeworfen, weil sie die prokurdische Zeitung „Özgür Gündem“ unterstützt haben.

In einer Presseklärung zusammen mit meinem Fraktionskollegen Frank Heinrich habe ich die Verhaftungen kritisiert und die sofortige Freilassung der Inhaftierten verlangt. Die Türkei muss als EU-Beitrittskandidat die demokratischen Prinzipien achten. Hierzu gehört auch die uneingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit. Einmal mehr macht Präsident Recep Erdogan deutlich, wie sehr er Transparenz fürchtet und wie sehr ihm Menschenopfer egal sind. Wovor hat Erdogan eigentlich Angst?

Mitte März hatten einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages interfraktionell einen Brief an Erdogan verschickt, in dem sie ihre Sorge über die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei äußerten. Anlass dazu war das Verfahren gegen den international renommierten Journalisten und Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“, Can Dündar, dem ähnliche Delikte vorgeworfen wurden.

Can Dündar (rechts) und Özcan Mutlu, MdB

Anfang Mai war er wegen der Veröffentlichung geheimer Dokumente für schuldig befunden und zu fünf Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt worden. Die Strafe muss er allerdings bis zum Beginn des Berufungsverfahrens nicht antreten. Dündar war am Donnerstag im Deutschen Bundestag, um mit Abgeordneten aller Fraktionen über die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei zu sprechen.

Ich bitte die Mitbürgerinnen und Mitbürger, besonders auch die türkischer Herkunft, nachdrücklich, die Wahrung und Umsetzung der Menschenrechte, sowie die demokratischen Freiheiten in der Türkei mit allen ihren Möglichkeiten und ganzer Kraft zu unterstützen. Ich habe mich auf die Türkei als Mitglied der EU gefreut. Dieses Ziel rückt durch „die Diktatur“ des Präsidenten Erdogan in immer weitere Ferne. Gerade die zivilgesellschaftlichen Kräfte mit Stimme, die Künstler, die Wissenschaftler, die Unternehmer und ihre Verbände, sollten ihren Einfluss nicht unterschätzen, wenn Politik aus diplomatischer Rücksicht schweigt oder stammelt. Die Unterstützung demokratischer Kräfte ist der Grundstein für die Zukunft der vielen Menschen in der Türkei, die bereits jetzt die europäischen Werte achten.

Unkonventionelles Fracking grundsätzlich verboten

Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominderung bei den Verfahren der Fracking-Technologie habe ich am Freitag zugestimmt. Dabei habe ich mich von den folgenden Voraussetzungen leiten lassen:

Durch das Schutzgesetz wird unkonventionelles Fracking grundsätzlich verboten.
Aufgrund der Ankündigung der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen, Anträge auf unkonventionelles Fracking nach dem derzeit geltenden Bergrecht und damit ohne allzu hohe Umweltauflagen zu bewilligen, ist die zeitnahe Verabschiedung eines Schutzgesetzes nötig geworden.
Mit diesem Schutzgesetz soll sichergestellt werden, dass in anderen Bundesländern nicht ähnliche Anträge gestellt und positiv beschieden werden können. Nach geltendem Recht wäre derzeit auch unkonventionelles Fracking erlaubt. Das heute zur Verabschiedung anstehende Regelungspaket ist daher ein wichtiges Schutzgesetz, um Fracking in meiner Heimat Brandenburg zu verhindern.
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine deutliche Verschärfung des von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks vorgelegten Gesetzentwurfes durchgesetzt.
Danach wird erstens grundsätzlich unkonventionelles Fracking verboten. Zweitens sollen bundesweit bis zu vier Probebohrungen zur Erforschung der Auswirkungen unkonventionellen Frackings möglich werden. Diese Probebohrungen dürfen jedoch nur mit Zustimmung der jeweiligen Landesregierungen erfolgen. Drittens wird die Beweislast bei der Bergschadenshaftung auch bei durch die Erdgasförderung verursachten Erdbeben umgekehrt.
Ohne das heute zur Verabschiedung anstehende gesetzliche Schutzpaket wäre jede Form des Frackings erlaubt. Zudem ist die gesetzliche Neuregelung Voraussetzung für die Schadensregulierung von durch konventionellem Fracking verursachter Schäden. Daher stimme ich den Gesetzentwürfen zu.

Zahl der Hass-Mails an Politiker enorm gestiegen

Mit dem Thema Hass-Mails beschäftigte sich eine Veranstaltung der Amadeu Antonio-Stiftung am Donnerstag (23.6.2016) im Deutschen Bundestag. Johannes Baldauf, der Monitoring-Experte der Stiftung, unterstrich die Bedeutung des Internets für den Rechtsradikalismus und die Verbreitung seiner Ideen. Für Rechtsextremisten ist das Netz heute das wichtigste Medium, wo sie sogenannte alternative Medien konsumieren können. Dadurch können sie problemlos jeglichen Widerspruch zu ihrem menschenverachtenden Weltbild ausblenden. Denn sie bewegen sich ständig in denselben sozialen Netzwerken, deren Informationsangebot sich weitgehend aus Posts der eigenen Freunde generiert und in denen ausschließlich die eigene Ideologie reproduziert wird.
Derartige Foren eignen sich optimal für die Verbreitung von Falschmeldungen. Prominentestes Beispiel ist die erfundene Vergewaltigung einer 13-Jährigen aus Berlin-Marzahn. Die Verbreitung von Falschmeldungen über die angebliche Kriminalität von und über exzessive Sozialleistungen für Flüchtlinge erlebte eine Blüte Ende letzten Jahres, als besonders viele Asylbewerber nach Deutschland strömten. Neben angeblichen Vergewaltigungen ging es vor allem um angebliche Ladendiebstähle sowie um Ausgaben für teure Gebrauchsgegenstände. Mit dem Rückgang der Flüchtlingszahlen sank die Zahl der Gerüchte auch wieder markant.

Um Menschen von außerhalb des rechten Spektrums anzusprechen, wird der rechtsextremistische Hintergrund oft verschleiert. Dazu nutzt man Bürgerinitiativen-Seiten und Gruppen auf Facebook. Die Strategie folgt dabei immer demselben Muster. Die Seiten haben erstens einen starken lokalen Bezug. Sie sind zweitens monothematisch. Und sie werden bewusst unprofessionell gestaltet, damit sie den Eindruck erwecken, hier seien besorgte Bürger am Werk, denen halt einfach die rechte Medienkompetenz fehlt.

Für den Umgang mit solchen Hass-Mails gibt es kein Allheilmittel. Bei Gesetzesverstößen ist eine Anzeige angebracht. Wann eine Reaktion angebracht ist, hängt vom Einzelfall ab. Sie sollte aber auf jeden Fall auf Fakten basieren. Sie macht vor allem dann Sinn, wenn man im Netz reagiert, da es dort sehr viele gibt, die die Antwort ebenfalls lesen. Wichtig ist es, dass man eine eigene Community aufbaut, die einen in solchen Fällen aktiv unterstützt.

Martin Patzelt, MdB
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engegement

Büro Berlin
Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr, Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt
Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

„Im Käfig der Löwen“ - Der Politik ganz nah

links: Julius Koch

An meiner Schule, dem Anton-Phillip Reclam Gymnasium in Leipzig, haben wir in der 9. Klasse ein Berufspraktikum wahrzunehmen, welches ich bei Martin Patzelt, Abgeordneter der CDU/CSU und Mitglied des Familien- und Menschenrechtsausschusses im Deutschen Bundestag, absolvieren durfte. Das Praktikum erstreckte sich über zwei Wochen, aufgeteilt in eine sitzungsfreie Woche und zwei halbe Sitzungswochen. Schon der erste Tag war ein sehr spannender Tag. Ich kam an und durfte an meiner ersten Sitzung, zu der sich ein paar Abgeordnete zur Diskussion getroffen hatten, teilnehmen. Nach einer Verschnaufpause durfte ich zum Bundestag gehen und an einer Plenarsitzung teilnehmen. Nach einem warmen Essen in der Cafeteria ging es zur letzten Sitzung des Tages weiter. Schon am ersten Tag war ich sehr angestrengt, aber es war dennoch ein interessanter Tag.

In der sitzungsfreien Woche bekommt man mehr vom Alltag im Büro eines Abgeordneten mit. Die Abgeordneten selbst befinden sich in dieser Zeit eher außerhalb des Büros, bei Veranstaltungen oder im Wahlkreis. Dennoch hat mir diese Zeit viel Spaß gemacht, selbst wenn es nicht so spannend ist, aber Herr Patzelt sagt immer: „ Es ist vielleicht nicht spannend, aber wichtig“. Ich habe Akten geordnet, Kopien gemacht, durfte an den Vorbereitungen einer von Herrn Patzelt organisierten Veranstaltung zum Thema „Menschenrechte im Iran“ teilhaben und habe darüber hinaus viele Informationen bekommen.

In der letzten Sitzungswoche hatte ich die Chance, Herrn Patzelt zu den Ausschüssen und Arbeitsgruppen zu begleiten, welche beide, der Menschenrechtsausschuss und der Familienausschuss, sehr interessant waren.

Für diese interessante und informative Zeit möchte ich mich herzlich bedanken, bei Herrn Patzelt und auch seinen Mitarbeitern Helmut Uwer, Katja Frenkel, Oleksii Kysliak und vor allem bei Frau Blömer, dass sie mich durch diese Zeit begleitet und mich eingewiesen haben. Ich habe mich dadurch nie verloren gefühlt. Ich würde gerne irgendwann wiederkommen.

Julius Koch